

Julia Schulte

Schädigermehrheit im europäischen internationalen Deliktsrecht

Anknüpfung – Zurechnung – Regress



Nomos

Europäisches Privatrecht

Sektion B: Gemeinsame Rechtsprinzipien

herausgegeben von
Prof. Dr. Reiner Schulze

in Gemeinschaft mit

Prof. Dr. Jürgen Basedow
Prof. Dr. Franco Ferrari
Prof. Dr. Willibald Posch
Prof. Dr. Anton K. Schnyder

Band 56

Julia Schulte

Schädigermehrheit im europäischen internationalen Deliktsrecht

Anknüpfung – Zurechnung – Regress



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Bucerius Law School, Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6764-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0868-5 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meiner Familie
und Amina*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Bucerius Law School im Herbst 2018 als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 1. November 2019 in Hamburg statt. Literatur und Rechtsprechung wurden - soweit dies im Rahmen der Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie möglich war - bis Mai 2020 berücksichtigt.

Mein herzlichster Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Karsten Thorn, LL.M. Er hat das Thema angeregt und mir als Wissenschaftliche Mitarbeiterin spannende und vielfältige Einblicke in die Wissenschaft und das Hochschulleben ermöglicht. Seine fachliche wie persönliche Unterstützung hat mich in vielerlei Hinsicht bereichert und zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Auf die schöne Zeit an seinem Lehrstuhl werde ich immer mit Freude zurückblicken. Für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens möchte ich Herrn Prof. Dr. Andreas Spickhoff besonders danken.

Meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl danke ich für die wertvollen fachlichen Gespräche und den persönlichen Austausch, ebenso wie weiteren Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bucerius Law School, denen ich freundschaftlich verbunden bleibe.

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes hat diese Arbeit ebenso wie mein Studium mit großzügigen Stipendien gefördert und darüber hinaus viele spannende Begegnungen ermöglicht, für die ich ihr zutiefst verbunden bin. Dankbar bin ich außerdem den Herausgebern der Schriftenreihe Europäisches Privatrecht für die freundliche Aufnahme.

Mein größter Dank gilt meiner Familie für stets unbedingten Rückhalt und Liebe: Meinen Großeltern Edith und Heinz Brandstädter, meinem Großvater Prof. Dr. Franz Schulte und meinem Vater Ulrich Schulte, die das Projekt von Beginn an mit Begeisterung unterstützt und den Abschluss leider nicht mehr erlebt haben. Meinen Geschwistern Theresa und Lukas, die alles fröhlicher machen. Und nicht zuletzt für die persönliche und die finanzielle Unterstützung der Veröffentlichung meiner Großmutter Frauke Schulte, meiner Tante Dr. Heike Brandstädter und meiner lieben Mutter Kirsten Schulte. Ihnen allen ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin, im Juni 2020

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
A. Einleitung	29
I. Darstellung der Problematik	31
II. Gang der Untersuchung	33
B. Grundlagen zur europäischen Methodik und zum internationalen Deliktsrecht	35
I. Unionsrechtliche Vorüberlegungen	35
1. Auslegung des europäischen Sekundärrechts	35
a) Europäischer Auslegungskanon	36
b) Exkurs: Die Qualifikation als Spezifikum im Kollisionsrecht	38
c) Auslegung und Qualifikation im Rahmen der Arbeit	38
2. Relevante Ziele im Unionsprimärrecht	39
II. Ziele im europäischen internationalen Deliktsrecht	40
1. Zielsetzung in der Rom II-Verordnung	40
a) Grundsatz der einheitlichen Anknüpfung	41
b) Durchsetzung kollisionsrechtlicher Wertvorstellungen	42
c) Wirtschaftliche Erwägungen	44
2. Weitere Ziele im internationalen Deliktsrecht	44
a) Ziele des materiellen Deliktsrechts	44
b) Übertragung auf das internationale Deliktsrecht	46
III. Zur Entstehungsgeschichte der Verordnung	49
IV. Ergebnisse	53
C. Mehrere Schädiger unter der Rom II-Verordnung	54
I. Anknüpfungsgegenstand unerlaubte Handlung	54
1. Begriff der unerlaubten Handlung	54
a) Europäisch-autonome Definition	55
b) Verknüpfung von Handlung und Erfolg	57
2. Schädigermehrheit als Teil der unerlaubten Handlung	59
a) Vorüberlegungen	60

Inhaltsverzeichnis

b)	Kausalität bei mehreren Schädigern	61
c)	Objektive Zurechnung bei mehreren Schädigern	63
d)	Folgen für die Anknüpfung	64
e)	Abgrenzung zur Anknüpfung bei Geschädigtenmehrheit	66
3.	Anknüpfung bei Streudelikten	67
a)	Anhaltspunkte in Rechtsprechung und Gesetzgebungsmaterialien	68
b)	Begriff des Streudelikts in der Literatur	70
c)	Begriff des Streudelikts nach der hier vertretenen Auffassung	72
aa)	Definition des Streudelikts: weites und enges Begriffsverständnis	72
bb)	Fallgruppen nach dem engen und dem weiten Begriff	75
(1)	Streudelikte im Rahmen der Grundanknüpfung	75
(2)	Streudelikte im Rahmen der Sonderkollisionsnormen	78
d)	Auswirkungen auf die Anknüpfung	82
aa)	Streudelikte im engen Sinne: eine unerlaubte Handlung	82
bb)	Streudelikte im weiten Sinne: mehrere unerlaubte Handlungen	85
II.	Gespaltene Anknüpfung bei mehreren Schädigern im Außenverhältnis	86
1.	Abweichende objektive Anknüpfung in einer der Schädiger-Geschädigten-Beziehungen	87
a)	Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	87
aa)	Anknüpfungsmoment gewöhnlicher Aufenthalt	88
bb)	Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt im Rahmen der Grundanknüpfung, Art. 4 Abs. 1, 2 Rom II	94
(1)	Ausgangsbeispiele	94
(2)	Straßenverkehrsunfälle	95
(3)	Börsen- und Warentermingeschäfte	97

cc)	Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt im Rahmen der internationalen Produkthaftung, Art. 5 Abs. 1 S. 1 i. V. m. Art. 4 Abs. 2 Rom II	99
	(1) Geschädigtenbegriff in der internationalen Produkthaftung	99
	(2) Schädigerbegriff in der internationalen Produkthaftung	100
	(3) Gespaltene Anknüpfung bei gemeinsamem gewöhnlichem Aufenthalt, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Rom II	101
	(4) Fehlendes Inverkehrbringen	102
	(5) Ergebnisse	103
dd)	Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt im Rahmen bilateraler Wettbewerbsbeeinträchtigungen, Art. 6 Abs. 2 i. V. m. Art. 4 Rom II	104
	(1) Anwendungsbereich des Art. 6 Abs. 2 Rom II	104
	(a) Anwendbarkeit bei mehreren Beteiligten	104
	(b) Bestimmung des Erfolgsorts	106
	(2) Gespaltene Anknüpfung bei gemeinsamem gewöhnlichem Aufenthalt, Art. 6 Abs. 2 i. V. m. Art. 4 Rom II	107
ee)	Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt im Rahmen des internationalen Arbeitskampfes, Art. 9 i. V. m. Art. 4 Abs. 2 Rom II	108
b)	Offensichtlich engere Verbindung	111
aa)	Vertragsakzessorische Anknüpfung	111
bb)	Anknüpfung an gesetzliche (insbesondere familienrechtliche) Rechtsverhältnisse	112
cc)	Anknüpfung an ein tatsächliches Verhältnis und die Generalklausel des S. 1	113
dd)	Anknüpfung im speziellen Deliktskollisionsrecht	114
c)	Ergebnisse	115
2.	Zurechnung bei mehreren Tatorten	116
a)	Mehrere Handlungsorte in unterschiedlichen Staaten	116
aa)	Mehrere Handlungsorte bei der internationalen Umweltschädigung, Art. 7 Rom II	117

Inhaltsverzeichnis

bb)	Mehrere Handlungsorte bei der Verletzung gemeinschaftsweit einheitlicher Rechte des geistigen Eigentums, Art. 8 Abs. 2 Rom II	119
	(1) Schwerpunkt Betrachtung bei mehreren Handlungsorten	120
	(2) Haftung von Online-Plattform- und Suchmaschinenbetreibern	122
cc)	Mehrere Handlungsorte beim internationalen Arbeitskampf, Art. 9 Rom II	124
dd)	Ergebnisse	127
b)	Mehrere Erfolgsorte, Marktorte, Schutzländer in unterschiedlichen Staaten	128
aa)	Mehrere Erfolgsorte, Art. 4, Art. 5 Abs. 1 S. 1 lit. c, Art. 6 Abs. 2, Art. 7 Rom II	128
	(1) Grundanknüpfung und Mosaikbetrachtung	128
	(2) Produkthaftung, bilaterale Wettbewerbsbeeinträchtigungen, Umwelthaftung	129
bb)	Mehrere Märkte bei unlauterem Wettbewerb und Kartell delikten, Art. 6 Abs. 1, 3 Rom II	130
	(1) Unlauterer Wettbewerb	130
	(2) Kartell delikte	132
cc)	Mehrere Schutzländer bei Immaterialgüterrechtsverletzungen, Art. 8 Abs. 1 Rom II	134
	(1) Anknüpfungsgegenstand und -moment im internationalen Immaterialgüterrecht	135
	(2) Schädigermehrheit	136
dd)	Ergebnis	138
c)	Sonderfall des Art. 5 Abs. 1 S. 2 Rom II	138
aa)	Inverkehrbringen eines Produkts	139
	(1) Auslegung des Begriffs	139
	(2) Anknüpfungsmoment in Art. 5 Abs. 1 S. 1 lit. a-c Rom II	141
	(3) Folgen für die Schädigermehrheit	143
bb)	Vorhersehbarkeit für den Hersteller	145
	(1) Begriff der Vorhersehbarkeit	146
	(2) Folgen für die Schädigermehrheit	147
cc)	Ergebnisse	148

3. Subjektive Bestimmung des anwendbaren Rechts in einer der Schädiger-Geschädigten-Beziehungen	148
a) Rechtswahl zwischen einem Schädiger und dem Geschädigten	149
aa) Nachträgliche Rechtswahl bei Schädigermehrheit	149
bb) Vorherige Rechtswahl bei Schädigermehrheit	151
cc) Grenzen der Rechtswahl	152
b) Uneinheitliche Ausübung eines Optionsrechts	155
aa) Optionsrecht in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II	155
bb) Optionsrecht in Art. 7 Rom II	156
III. Regress unter mehreren Schädigern (Innenverhältnis)	159
1. Rückgriff unter mehreren Schuldern in der Rom II-Verordnung	159
2. Internationalprivatrechtliche gestörte Gesamtschuld	161
3. Alternativen bei der Anwendung des Art. 20 Rom II	162
a) Rechtswahl der Schädiger	163
b) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt und offensichtlich engere Verbindung	163
c) Entsprechende Anwendung des Art. 16 S. 2 Rom I	164
4. Freistellungsansprüche	166
IV. Umfang des Deliktsstatuts	167
1. Art. 15 lit. a Rom II: Die Bestimmung der haftenden Personen	167
2. Art. 15 lit. b Rom II: Die Teilung der Haftung	169
3. Art. 15 lit. g Rom II: Die Haftung für die Handlungen anderer	170
V. Ergebnisse	171
D. Systematisch-teleologische Untersuchung der Rom II-Verordnung	174
I. Ratio der einzelnen Anknüpfungen	174
1. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	175
a) Kritik an Art. 4 Abs. 2 Rom II im Zweipersonenverhältnis	175
b) Kritik der Anwendung bei mehreren Schädigern	178
c) Ergebnisse	179
2. Offensichtlich engere Verbindung	180
a) Grenze des Wortlauts?	180
b) Telos	182

Inhaltsverzeichnis

c) Insbesondere: vertragsakzessorische Anknüpfung	183
3. Sonderkollisionsnormen	184
a) Auswahl der Rechtsgebiete, für die Sonderkollisionsnormen bestehen	184
aa) Speziell geregelte Deliktstypen	184
bb) Nicht speziell geregelte oder von Rom II ausgenommene Deliktstypen	186
cc) Ergebnisse	190
b) Produkthaftung	190
aa) Umsetzung der Ziele durch die Anknüpfungsleiter	191
bb) Produkthaftung und Schädigermehrheit	192
c) Unlauterer Wettbewerb und Kartelldelikte	194
d) Umwelthaftung	196
e) Verletzung von Immaterialgüterrechten	198
f) Arbeitskampfrecht	199
4. Rechtswahl	201
5. Regress	202
6. Ergebnisse	203
II. Interessenwahrung und –gewichtung bei Schädigermehrheit	204
1. Relevante Zeitpunkte für die Vorhersehbarkeit	205
2. Interessen des Geschädigten	205
a) Vorhersehbarkeit des anwendbaren Rechts	205
b) Effektive Ermittlung und Durchsetzung der Ansprüche	207
c) Gleichbehandlung mit anderen Geschädigten	208
3. Interessen der Schädiger	209
a) Interessen im Außenverhältnis (Leistung an den Geschädigten)	209
b) Interessen im Innenverhältnis (Regress)	211
4. Öffentliche Interessen	213
5. Ergebnisse	215
III. Zurechnung bei juristischen Personen	215
IV. Weitere Abweichungen vom grundsätzlich anwendbaren Deliktsstatut	217
1. Dépeçage in der Rom II-Verordnung	218
2. Geltung der örtlichen Sicherheits- und Verkehrsregeln, Art. 17 Rom II	219

3. Normkonflikte	220
a) Normkonflikte zwischen einzelnen Normen der Rom II-Verordnung	221
aa) Normkonflikte im Falle eines Verkehrsunfalls, Art. 4, 5, 7 Rom II	221
bb) Normkonflikte bei Produkt- und Umwelthaftung, Art. 5, 7 Rom II	221
cc) Normkonflikte bei unlauterem Wettbewerb und Immaterialgüterrechtsverletzung, Art. 6 Abs. 1, Art. 8 Rom II	222
dd) Ergebnisse	223
b) Konkurrenzen zu internationalen Übereinkommen	223
4. Ergebnisse	225
V. Einzelfalllösungen im Rahmen der Verordnung	225
1. Ausweichklausel	225
2. Rechtswahl	226
3. Anpassung	227
a) Ausgangspunkt: Die Anpassung nach deutschem Verständnis	228
b) Begriff der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht	229
aa) Anpassung dinglicher Rechte im Güter- und Erbrecht sowie von Maßnahmen und Anordnungen im internationalen Zivilverfahrensrecht	229
bb) Anpassung bei gleichzeitig bestehenden erbrechtlichen und güter- oder gesellschaftsrechtlichen Ansprüchen	230
cc) Anpassung bei vertraglicher, internationalprivatrechtlicher gestörter Gesamtschuld	231
dd) Ergebnis zum europäischen Anpassungsbegriff	232
c) Folgen für die Schädigermehrheit	232
E. Schädigermehrheit in weiteren europäischen Normen	234
I. Europäisches internationales Vertrags- und Zuständigkeitsrecht	234
1. Rom I-Verordnung	234
a) Rechtswahl in Art. 3 Rom I	235
b) Grundsatz der einheitlichen objektiven Anknüpfung	236

Inhaltsverzeichnis

c) Regress	236
2. Internationale Zuständigkeit bei mehreren Schädigern	237
a) Handlungs- und Erfolgsortzurechnung im Rahmen des Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia	237
aa) Keine wechselseitige Handlungsortzurechnung bei Börsentermingeschäften (Melzer)	238
bb) Faktische Kausalität für Erfolgsortzuständigkeit bei Immaterialgüterrechtsverletzungen (Pinckney, Hi Hotel)	242
cc) Keine Handlungsortzurechnung unter der GMV; Anwendung von Melzer und Pinckney bei unlauterem Wettbewerb (Coty)	245
dd) Gemeinsame Handlungsorte und Erfolgsortzurechnung bei Kartellschadensersatzklagen wegen Verstoßes gegen Art. 101 AEUV (CDC Hydrogen Peroxide)	247
ee) Marktortanknüpfung im Rahmen des Verstoßes gegen Art. 101, 102 AEUV und Möglichkeit der Handlungsortzurechnung (flyLAL, Tibor-Trans)	249
ff) Entscheidungen mitgliedstaatlicher Gerichte	252
gg) Zusammenfassung	254
(1) Gespaltene oder einheitliche Zuständigkeit bei mehreren Handlungsorten?	254
(2) Zurechnung bei mehreren Erfolgsorten?	257
b) Übertragung auf das internationale Deliktsrecht	258
aa) Übertragbarkeit der Ansätze aus dem IZVR	258
bb) Folgerungen für das internationale Deliktsrecht	260
(1) Übertragung der Ablehnung einer Zurechnung	261
(2) Übertragung der Vorschläge zur Zurechnung	262
c) Weiteres Vorgehen	263
II. Europäisches materielles Deliktsrecht	265
1. Haftung bei Verkehrsunfällen	266
a) Haftung bei Luftverkehrsunfällen	266
b) Haftung bei Unfällen auf See	268
c) Haftung bei Unfällen im Eisenbahnverkehr	269
d) Haftung bei Unfällen im See- und Binnenschiffs- sowie Omnibusverkehr	270
e) Ergebnisse	270

2. Finanzmarktdelikte	271
3. Produkthaftung	272
4. Haftung wegen Verstößen gegen das Kartellrecht	275
a) Europäisches Kartelldeliktsrecht	276
aa) Vorliegen eines Kartells gem. Art. 101 AEUV	276
(1) Unternehmensbegriff und Konzernhaftung	277
(2) Vereinbarungen, Beschlüsse und abgestimmte Verhaltensweisen	279
(3) Sonderfall Kartellgehilfe	280
bb) Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Schädiger im Außenverhältnis	282
cc) Innenausgleich unter mehreren Schädigern	283
b) Ergebnisse	284
5. Haftung wegen Immaterialgüterrechtsverletzungen	285
6. Ergebnisse	289
III. Europäisches öffentliches Recht, insbesondere Umwelthaftung	290
1. Unionsrechtliches Verursacherprinzip	290
2. Mehrere Verursacher im Rahmen der Umwelthaftungsrichtlinie	291
3. Übertragung auf das (internationale) Deliktsrecht	293
IV. Europäisches Strafrecht	294
1. Übertragbarkeit strafrechtlicher Ansätze	294
2. Internationales Strafrecht	295
3. Europäische Strafrechtsvereinheitlichung	296
a) Strafrechtliche Kompetenzen der Europäischen Union	296
b) Täterschaft und Teilnahme an einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung	297
c) Anstiftung und Beihilfe im weiteren europäischen Strafrecht	299
d) Zur Täterschaft vertyppte Teilnahme am Beispiel der Schleuserkriminalität	302
e) Mittelbare Täterschaft bei Kapitalmarktdelikten	303
f) Übertragung auf das (internationale) Deliktsrecht	304
V. Ergebnisse	305

Inhaltsverzeichnis

F. Schädigermehrheit in nationalen Kollisionsrechten sowie rechtsvereinheitlichenden Unterfangen	307
I. Rechtsvergleichung im europäischen (internationalen) Deliktsrecht	307
II. Schädigermehrheit im deutschen Delikt kollisionsrecht	308
1. Entwicklung des deutschen Deliktsstatuts	309
2. Begriff der Schädigermehrheit im Delikt kollisionsrecht	313
a) Mehrtäterschaft nach §§ 830, 840 BGB	313
aa) Mittäter und Teilnehmer	314
bb) Nebentäter	315
cc) Alternativtäter	315
dd) Haftung für Dritte	316
ee) Übertragung auf das internationale Privatrecht	317
b) Weiterer Vorschlag aus der Literatur	318
c) Deliktische Gesamtschuld	319
3. Behandlung der Schädigermehrheit im Kollisionsrecht	320
a) Anknüpfung im Außenverhältnis	320
aa) Abweichende objektive Anknüpfung in einer der Schädiger-Geschädigten-Beziehungen	320
(1) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt bzw. gemeinsame Staatsangehörigkeit	320
(a) Frühe Stellungnahmen	321
(aa) Internationales Unfallrecht	321
(bb) Internationales Wettbewerbsrecht	322
(cc) Ergebnisse	323
(b) Entscheidung des AG Bonn von 1974	323
(c) Neuere Stellungnahmen	324
(2) Wesentlich engere Verbindung	326
(3) Ergebnisse	327
bb) Zurechnung bei mehreren Tatorten	327
(1) Mehrere Handlungsorte in unterschiedlichen Staaten	328
(a) Mehrere Handlungsorte eines Schädigers	328
(b) Mehrere Handlungsorte von Mittätern und Teilnehmern	329
(c) Mehrere Handlungsorte und die Haftung für Dritte	333
(d) Ergebnisse	335

(2) Mehrere Erfolgsorte, Marktorte, Schutzländer in unterschiedlichen Staaten	336
(a) Mehrere Erfolgsorte	336
(b) Mehrere Marktorte	337
(c) Mehrere Schutzländer	338
(d) Ergebnisse	339
(3) Sonderfall internationale Produkthaftung	340
cc) Subjektive Bestimmung des anwendbaren Rechts in einer der Schädiger-Geschädigten- Beziehungen	342
b) Innenverhältnis: Regress unter mehreren Schädigern	343
aa) Vornahme einer Sonderanknüpfung	344
bb) Lösung über die Tatortregel	344
cc) Geltung des Zessionsgrundstatuts	345
dd) Kombination mehrerer Statute	346
4. Ergebnisse	347
III. Schädigermehrheit in England und Österreich	349
1. Schädigermehrheit im englischen Deliktskollisionsrecht	349
a) Schädigermehrheit im materiellen englischen Deliktsrecht	350
aa) Haftung mehrerer im Außenverhältnis	350
bb) Regress	352
b) Englisch Deliktskollisionsrecht	353
aa) Deliktskollisionsrecht bis 1996	353
bb) Kodifiziertes Deliktskollisionsrecht seit 1996	354
cc) Regress	356
c) Ergebnisse	356
2. Schädigermehrheit im österreichischen Deliktskollisionsrecht	357
a) Schädigermehrheit im materiellen Deliktsrecht	357
aa) Haftung mehrerer im Außenverhältnis	357
bb) Regress	360
b) Österreichisches Deliktskollisionsrecht	360
aa) Anknüpfung der Haftung von Mit- und Nebentätern nach dem öIPRG	360
bb) Anknüpfung der Haftung für Dritte	363
cc) Regress	363
c) Ergebnisse	364

Inhaltsverzeichnis

IV. Schädigermehrheit in den USA und der Schweiz	364
1. Schädigermehrheit im US-amerikanischen Deliktskollisionsrecht	365
a) Entwicklung bis zu den 1970er Jahren	365
b) Unterscheidung zwischen conduct-regulating und loss-allocating rules	368
c) Neuere Rechtsprechung	370
d) Entwurf zum Restatement Third	372
e) Ergebnisse	373
2. Schädigermehrheit im schweizerischen Deliktskollisionsrecht	374
a) Anknüpfung der Haftung mehrerer Schädiger im Außenverhältnis	374
b) Anknüpfung des Regresses unter mehreren Schädigern	376
c) Ergebnisse	377
V. Schädigermehrheit in der Rechtsvereinheitlichung	378
1. Schädigermehrheit in internationalen Übereinkommen	378
a) Kollisionsrechtliche Übereinkommen	378
b) Materieellrechtliche Übereinkommen	380
2. Schädigermehrheit in den PETL und im DCFR	381
a) Deliktische Haftung mehrerer in den PETL	381
b) Deliktische Haftung mehrerer im DCFR	383
c) Vergleich der Vorschläge	384
VI. Abschließender Vergleich	384
G. Behandlung der kollisionsrechtlichen Schädigermehrheit nach der hier vertretenen Auffassung	387
I. Bedürfnis nach Systembildung	387
II. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt und wesentlich engere Verbindung	388
1. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	388
a) Notwendigkeit der einschränkenden Auslegung	388
b) Teleologische Reduktion statt Lösung über die Ausweichklausel	389
2. Einheitliche Anknüpfung bei offensichtlich engerer Verbindung	391
III. Zurechnung bei mehreren Tatorten	392
1. Zurechnung im internationalen Deliktsrecht	392

2. Haftung für Dritte	394
a) Begriffsbildung	394
b) Abgrenzung zu anderen Arten der Mehrtäterschaft und zur Haftung für Sachen	395
c) Einheitliche Anknüpfung an das Deliktsstatut des Vordermanns	396
d) Gesonderte Anknüpfung der rechtlichen Verbindung	397
e) Ordre Public-Kontrolle im Einzelfall	398
3. Mittäter und Teilnehmer	398
a) Begriffsbildung	398
b) Keine Differenzierung zwischen Mittätern und Teilnehmern	399
c) Einheitliche Anknüpfung bei unterschiedlichen Handlungsorten der Schädiger	400
aa) Schwerpunktbildung durch die Gerichte	400
bb) Leitlinien zur Schwerpunktbildung im Rahmen der Art. 7-9 Rom II	401
d) Anknüpfung bei mehreren Erfolgsorten	404
4. Neben- und Alternativtäter	404
a) Begriffsbestimmung	404
b) Anknüpfung bei mehreren Tatorten	405
5. Sonderfall des Art. 5 Abs. 1 S. 2 Rom II	405
IV. Rechtswahl und Optionsrecht	406
1. Unbeachtlichkeit der Rechtswahl für Dritte	407
2. Möglichkeit der gespaltenen Ausübung des Optionsrechts	408
V. Regress der Schädiger untereinander	409
1. Zulässigkeit einer Rechtswahl	409
2. Keine Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt und eine offensichtlich engere Verbindung	410
3. Art. 16 S. 2 Rom I analog bei gespalteener Anknüpfung	411
4. Anknüpfung von Freistellungsansprüchen	412
H. Zusammenfassung der Ergebnisse	413
Literaturverzeichnis	417
Entscheidungsverzeichnis	439

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl. EG / EU	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften / Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), ABl. EU 2016 Nr. C 202/47
AG	Amtsgericht
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Art.	Artikel
AÜ	Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See (konsolidierte Fassung inklusive der Anpassung durch das Protokoll von 2002)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BLJ	Bucerius Law Journal
BR	Bundesrat
Brüssel I	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I), ABl. EG 2001 Nr. L 12/1
Brüssel Ia	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel Ia), ABl. EU 2012 Nr. L 351/1
Brüssel IIa	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 (Brüssel IIa), ABl. EU 2003 Nr. L 338/1

Abkürzungsverzeichnis

BT	Bundestag
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
c. i. c.	culpa in contrahendo
CIV	Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Personen (CIV – Anhang A zum Übereinkommen COTIF)
COTIF	Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980, geändert durch das Protokoll vom 3. Juni 1999 betreffend die Änderung des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr
CR	Computer und Recht
DAR	Deutsches Autorecht
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Drucks.	Drucksache
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, ABl. EG 2002 Nr. C 325/1
Einl	Einleitung
EKHG	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz (Österreich)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO), Abl. EU 2012 Nr. L 201/107
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juli 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO), Abl. EU 2016 Nr. L 183/1
EuLF	The European Legal Forum

EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juli 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO), Abl. EU 2016 Nr. L 183/30
EuR	Zeitschrift Europarecht
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO), Abl. EU 2009 Nr. L 7/1
EUV	Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung), ABl. EU 2016 Nr. C 202/13
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht von 1980 (konsolidierte Fassung), ABl. EG 1998 Nr. C 27/34
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
G. o. A.	Geschäftsführung ohne Auftrag
GGV	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, ABl. EU 2002 Nr. L 3/1
GMV	Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke (kodifizierte Fassung), ABl. EU 2009 Nr. L 78/1
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. EG 2000 Nr. C 364/1
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HProdHÜ	Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973 über das auf die Produkthaftung anzuwendende Recht
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStVÜ	Haager Übereinkommen vom 4. Mai 71 über das auf Straßenverkehrsunfälle anzuwendende Recht

Abkürzungsverzeichnis

i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl	Juristische Blätter
JPrivIntL	Journal of Private International Law
JuS	Juristische Schulung – Zeitschrift für Studium und Referendariat
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
LG	Landgericht
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
MR	Medien und Recht
MÜ	Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr vom 28.5.1999 (Montrealer Übereinkommen)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGHBrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
öIPRG	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
PETL	Principles of European Tort Law
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rom I	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), Abl. EU 2008 Nr. L 177/6
Rom II	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), Abl. EU 2007 Nr. L 199/40

Rom III	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (Rom III), Abl. EU 2010 Nr. L 343/10
Rs.	Rechtssache
S.	Satz/Seite
SchBesV	Schiffsbesetzungsverordnung
SchweizIPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
Slg.	Sammlung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofs in Zivilsachen
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
Tz.	Teilziffer
u.a.	und andere /unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom/von
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
wbl	wirtschaftsrechtliche blätter. Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankenrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yb PIL	Yearbook of Private International Law
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

